
		SuedOstLink – BBPIG Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a –		<div> Der SuedOstLink (Vorhaben 5) wird durch EU-Mittel gefördert. Kofinanziert von der Fazilität „Connecting Europe“ der Europäischen Union.</div>	
		Abschnitt D3b Konverterbereich ISAR Unterlagen nach § 76 Abs. 2 VwVfG			
Planänderung					
Planfeststellungsabschnitt D3b – Konverterbereich ISAR					
Unterlagen nach § 76 Abs. 2 VwVfG					
Erläuterungsbericht zur Planänderung Baustelleneinrichtungsfläche / Bodenzwischenlager					
01	28.03.2025	Unterlage nach § 76 Abs. 2 VwVfG	O. Baumgärtel F. Hehenberger M. Kuhlmann	J. Laboranowitsch M. Engel	M. Engel
00	31.01.2025	Unterlage nach § 76 Abs. 2 VwVfG	O. Baumgärtel F. Hehenberger M. Kuhlmann	J. Laboranowitsch M. Engel	M. Engel
Rev.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	2
Abkürzungsverzeichnis.....	3
Hinweis	3
1 Einleitung	4
1.1 SuedOstLink	4
1.2 Einordnung der Unterlage	4
1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments.....	4
2 Genehmigungsrechtliche Einordnung.....	5
2.1 Vorausgegangene Planungsschritte.....	5
2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG.....	5
2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG.....	5
2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens gemäß § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG (Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Öffentlichkeit)	5
2.1.4 Feststellung des Plans nach § 24 NABEG.....	5
2.2 Rechtliche Grundlagen.....	5
2.3 Blaufärbung.....	6
3 Beschreibung der geänderten Planungen	7
3.1 Veranlassung / Ursache	7
3.2 Kennzeichnung	7
3.3 Planänderung.....	7
3.3.1 Änderung der Baustelleneinrichtungsfläche / Bodenzwischenlager	7
3.3.2 Auswirkung auf Schutzgüter	8
3.3.3 Auswirkungen auf Betroffenheiten	9
3.3.4 Betroffene Unterlagen.....	10
4 Fazit	11
5 Anlagen.....	12

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erläuterung
AG	Arbeitsgruppe
AVZ	Allgemeinverständliche Zusammenfassung
BE-Fläche	Baustelleneinrichtungsfläche
BBPIG	Bundesbedarfsplangesetz
BNetzA	Bundesnetzagentur
GIS	Geographisches Informationssystem
HDÜ	Hochspannungs-Drehstrom-Übertragung
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
KSR	Kabelschutzrohre
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
TEN-E-VO	Transeuropäische Netze – Energie - Verordnung

Hinweis

In diesem Dokument wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten werden dabei ausdrücklich mitgemeint, soweit es für die Aussage erforderlich ist.

1 Einleitung

1.1 SuedOstLink

Die Energiewende setzt Veränderungen in der Energieinfrastruktur voraus und stellt neue Anforderungen an die Übertragungsnetze. Da es durch den massiven Zubau erneuerbarer Energien in Nord- und Ostdeutschland zu Engpässen für den Stromtransport nach Bayern kommt, ist eine entsprechende Erhöhung der Übertragungskapazität erforderlich, um die erzeugte Energie in die Bedarfsregion zu transportieren.

Der SuedOstLink (SOL) ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes. Es besteht aus den Vorhaben Nr. 5 sowie dem Vorhaben Nr. 5a gemäß Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG). Beide Vorhaben sind Leitungen zur Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragung, werden mit einem Erdkabelvorrang geplant und umfassen neun Planfeststellungsabschnitte.

Das Vorhaben Nr. 5 verläuft von Wolmirstedt bei Magdeburg in Sachsen-Anhalt bis zur Schaltanlage Isar in Bayern. Das Vorhaben Nr. 5a ist eine Verbindung von Klein Rogahn, Stralendorf, Warsow, Holthusen und Schossin in Mecklenburg-Vorpommern über den Landkreis Börde ebenfalls bis zur Schaltanlage Isar. Vom Landkreis Börde bis zur Schaltanlage Isar (sog. „Stammstrecke“) erfolgt in räumlicher Nähe eine gemeinsame Verlegung beider Vorhaben. Rechtlich handelt es sich um zwei eigenständige Vorhaben, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gestellt wurden. Die Planfeststellungsverfahren werden für die beiden genannten Vorhaben im Bereich der Stammstrecke verfahrensrechtlich verbunden.

Für weitergehende Informationen zu SuedOstLink und zum Planfeststellungsverfahren wird an dieser Stelle auf die vollständigen und öffentlich einsehbaren Planfeststellungsunterlagen verwiesen, welche unter folgendem Link abrufbar sind:

https://www.netzausbau.de/Vorhaben/ansicht/abschnitt.html?cms_nummer=5&cms_gruppe=bbplg&cms_status=pfv&cms_abschnitt=Abschnitt+D3b

1.2 Einordnung der Unterlage

Das vorliegende Dokument „Erläuterungsbericht zur Planänderung Baustelleneinrichtungsfläche / Bodenzwischenlager“ wird mit Einreichung zum Bestandteil der Unterlagen gemäß § 21 NABEG für SuedOstLink im Planfeststellungsabschnitt D3b (Konverterbereich Isar). Hiermit zeigt der Vorhabenträger eine beabsichtigte Änderung des bereits festgestellten Plans an.

1.3 Inhalt und Zweck des Dokuments

Gegenstand des vorliegenden Dokuments ist die Beschreibung und Erläuterung der beabsichtigten Planänderungen nach § 76 Abs. 2 VwVfG.

2 Genehmigungrechtliche Einordnung

2.1 Vorausgegangene Planungsschritte

2.1.1 Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG

Die Vorhabenträgerin hat am 30. November 2022 den bearbeiteten Plan und die angeforderten Unterlagen bei der Bundesnetzagentur eingereicht.

2.1.2 Überprüfung der Vollständigkeit gemäß § 21 Absatz 5 NABEG

Die Bundesnetzagentur hat deren Vollständigkeit am 30. Dezember 2022 bestätigt.

2.1.3 Ablauf und Ergebnis des Verfahrens gemäß § 22 Absätze 2 bis 4 NABEG (Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Öffentlichkeit)

Der Auslegungsbeginn war ursprünglich am 16. Januar 2023. Am 15. Februar 2023 wurden die Unterlagen jedoch um weitere Dateien ergänzt, sodass die Auslegung formal ab dem 23. Februar 2023 erneut begann. Die Äußerungsfrist endete am 24. April 2023.

2.1.4 Feststellung des Plans nach § 24 NABEG

Die Bundesnetzagentur hat am 29. April 2024 den Plan inkl. dem Antrag auf Planänderung (Konverter Essenbach) sowie dem Antrag auf Planänderung (Erschütterungsgutachten und UVP-Bericht) durch Planfeststellungsbeschluss festgestellt.

2.2 Rechtliche Grundlagen

Für die Planänderung Baustelleneinrichtungsfläche / Bodenzwischenlager ist die Durchführung eines erneuten Planfeststellungsverfahrens nicht erforderlich. Gemäß § 76 Abs. 2 VwVfG kann bei unwesentlichen Änderungen eines Plans von einem Planfeststellungsverfahren abgesehen werden, wenn die Belange anderer nicht berührt werden oder wenn die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben.

Eine Änderung wird von der Rechtsprechung dann für unwesentlich erachtet, wenn die mit der Planung verfolgte Zielsetzung unberührt bleibt und wenn die beabsichtigte Änderung die bereits getroffene Abwägung aller einzustellenden Belange in ihrer Struktur unberührt lässt. Das wird stets der Fall sein, wenn Umfang und Zweck des Vorhabens unverändert bleiben und wenn zusätzliche belastende Auswirkungen von "einigem" Gewicht sowohl auf die Umgebung als auch hinsichtlich der Belange einzelner auszuschließen sind (BVerwG, Urteil vom 20. Oktober 1989 – 4 C 12/87 –, BVerwGE 84, 31-49, Rn. 27 zu § 18c Abs. 2 FStrG a. F.; BVerwG, Urteil vom 16. Mai 2018 – 9 A 4/17 –, BVerwGE 162, 102-114, Rn. 38). Ein Fall, der bereits aufgrund rechtlicher Vorgaben regelmäßig zur Wesentlichkeit einer Änderung führt, ist deren UVP-Pflichtigkeit. Hierfür spricht – neben verfahrensrechtlichen Zwängen – auch der Umstand, dass von derartigen Vorhaben regelmäßig entsprechende Auswirkungen zu erwarten sein dürften. Ist ein Änderungsvorhaben UVP-pflichtig, kommt ein Planverzicht nach § 76 Abs. 2 VwVfG nicht in Betracht (Wickel, in: HK-VerwR, 5. Aufl. 2021, VwVfG § 76 Rn. 25).

Ausgehend von diesem Maßstab ist die vorliegende Planänderung als unwesentlich im Sinne des § 76 Abs. 2 VwVfG einzustufen. Die Darstellung der Auswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter unter Punkt 3.3.2 in dieser Planänderung zeigt, dass die

Änderung keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen. Somit ist für diese Änderung keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich, erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen dieser Änderung sind entsprechend der Darstellung unter 3.3.2 nicht zu befürchten. Auch ist nicht ersichtlich, dass die Struktur der bereits getroffenen Abwägung berührt wird. Umfang und Zweck des Vorhabens bleiben erhalten, zusätzliche Auswirkungen von einigem Gewicht sind nicht erkennbar.

Für einen Planverzicht verlangt § 76 Abs. 2 VwVfG weiterhin, dass die Belange anderer nicht berührt werden oder die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben. Unter „Belangen anderer“ sind (abwägungserhebliche) private (d. h. nicht öffentliche), eigene Interessen Dritter zu verstehen. Auf den (formal-)rechtlichen Schutz des jeweiligen Interesses kommt es hierbei nicht an. Die Belange anderer sind berührt, wenn Dritte in ihren Interessen erstmals, stärker als bisher oder anders als bisher betroffen sind (Neumann/Külpmann, in: Stelkens/Bonk/Sachs, 10. Aufl. 2022, VwVfG § 76 Rn. 21; Deutsch, in: NK-VwVfG, 2. Aufl. 2019, VwVfG § 76 Rn. 45).

Die Voraussetzungen für einen Verzicht auf ein Planfeststellungs- oder Plangenehmigungsverfahren gemäß § 76 Abs. 2 VwVfG sind somit gegeben. Sonstige Aspekte, die die Durchführung eines solchen Verfahrens geboten erscheinen lassen, sind nicht ersichtlich, weshalb angeregt wird, auf ein Verfahren zu verzichten.

2.3 Blaufärbung

Neben der unter Kapitel 3 beschriebenen geänderten Planung sind in den in Kapitel 5 beiliegenden Anlagen weitere Blaufärbungen enthalten, welche nicht aus der eigentlichen Planänderung heraus entstanden sind.

Hierbei handelt es sich zum einen um eine neue Fremdleitung, woraus weitere Kreuzungspunkte mit dem SuedOstLink entstehen und zum anderen um Änderungen in den Eigentumsverhältnissen schon betroffener Flurstücke. Im konkreten resultiert dies aus dem für den Netzausbau notwendigen Erwerb von Flächen der TenneT. Erstmalige oder größere Betroffenheiten resultieren daraus nicht.

3 Beschreibung der geänderten Planungen

3.1 Veranlassung / Ursache

Die Planänderung bzgl. der zusätzlichen temporären Arbeitsflächen auf den Flurstücken 1768 und 1768/1, Gemarkung Mettenbach (zur Nutzung als Baustelleneinrichtungsfläche / Bodenzwischenlager), im Teilabschnitt D3b ist aus baubetrieblichen Gründen notwendig.

3.2 Kennzeichnung

Die Planänderung Baustelleneinrichtungsfläche / Bodenzwischenlager bezieht sich auf die Ausführungspläne C.2.3.2 Rev. 03 Blatt 01 und 02, siehe Anlage 1.

3.3 Planänderung

In den Erläuterungen der nachfolgenden Unterkapitel werden die von der Planänderung Baustelleneinrichtungsfläche / Bodenzwischenlager betroffenen Teile des Plans und Unterlagen referenziert bzw. genannt sowie die Auswirkungen auf die Schutzgüter und Betroffenheiten beschrieben.

3.3.1 Änderung der Baustelleneinrichtungsfläche / Bodenzwischenlager

1. Baustelleneinrichtungsfläche

Aus bauablauftechnischen Gründen steht die bisherige Baustelleneinrichtungsfläche (Tiefbau Trasse) zur Herstellung der Querung Q001 sowie der Muffe D3 JB_34 im südlichen Baufeld des Konverters V5a (Flurstück 1767 Gemarkung Mettenbach) lediglich bis voraussichtlich April 2025 zur Verfügung. Aufgrund der ausgeschöpften Kapazitäten der bestehenden Baustelleneinrichtungsflächen auf dem Baufeld des Konverters V5a sowie des abgeschlossenen Verlegens der Kabelschutzrohre im Bereich der DC-Trasse, ist die Bereitstellung zusätzlicher Ersatzflächen erforderlich. Dies soll auf dem Flurstück 1768 der Gemarkung Mettenbach auf einer Fläche von ca. 3.000 m² umgesetzt werden.

Die Erweiterung der temporären Arbeitsfläche grenzt unmittelbar südlich an den bestehenden Arbeitsstreifen der DC-Trasse sowie westlich an das Baufeld des Konverters V5a an.

2. Bodenzwischenlager

Im Zuge der Errichtung des Konverters V5a wird der Oberboden auf dem Baufeld großflächig abgetragen. Es ist geplant, einen Teil des Oberbodens nach Fertigstellung der baulichen und elektrotechnischen Anlagen u.a. zur Andeckung der Freiflächen des Konverterareals V5a zu verwenden. Hierfür ist vorgesehen, etwa 7.500 m³ Oberboden auf einer Fläche von ca. 9.700 m² auf dem Flurstück 1768/1, das sich in direkter Nähe zum Baufeld des Konverters V5a befindet, zwischenzulagern. Die Zwischenlagerung des Oberbodens erfolgt gemäß dem planfestgestelltem Bodenschutzkonzept L2.1 und unterliegt der Überwachung durch die bodenkundliche Baubegleitung, wodurch Einhaltung aller bodenschutzrechtlichen Vorgaben sichergestellt ist.

Die Erweiterung der temporären Arbeitsfläche zur Nutzung als Bodenzwischenlager schließt unmittelbar südlich an den bestehenden Arbeitsstreifen der DC-Trasse an.

3.3.2 Auswirkung auf Schutzgüter

Menschen:

- Durch die Verschiebung der **BE-Fläche** nach Norden in Richtung der Bundesautobahn A92 vergrößert sich die Entfernung zu allen Immissionsorten. Besonders positiv wirkt sich dies auf den Immissionsort insbesondere zu IO-1 (Einzelgehöft) aus, da sich der Abstand von ca. 230 m auf ca. 300 m erhöht.
- Die Anlage und der Rückbau des **Bodenzwischenlagers** auf dem Flurstück 1768/1 führen zu kurzfristigen Störungen durch die Erdarbeiten. Jedoch schirmen die Erdmieten das Anwesen (Immissionsort IO 1) in gewissem Umfang von der Konverter-Baustelle ab und reduzieren somit Störungen, die das Baugeschehen auf der Konverter-Gelände verursacht.
- Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen sind nicht zu erwarten.

Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt:

- Die beiden gegenständlichen Flurstücke wurden bis Herbst 2024 noch intensiv landwirtschaftlich genutzt (Acker). Im Umfeld kommt es zu kontinuierlichen Störungen durch die laufenden Baumaßnahmen (DC-Erdkabel, V5-Konverter). Dementsprechend gering ist die Eignung als Lebensraum für die planungsrelevanten Arten. Die Anlage von **BE-Fläche** und **Bodenzwischenlager** verursacht folglich einen temporären Verlust von Lebensraum von geringer Bedeutung und geringem Umfang (ca. 1,3 ha). Nach Abschluss der Arbeiten werden die Flächen wieder in ihren Ursprungszustand (landwirtschaftliche Nutzung) zurückversetzt.
- Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen sind nicht zu erwarten.

Fläche, Boden:

- Die Verschiebung der **BE-Fläche** und die Anlage des **Bodenzwischenlagers** führen zu keinen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen. Abtrag, Transport, Lagerung und Wiedereinbau der einzelnen Bodenschichten erfolgen unter Einhaltung der bodenschutzrechtlichen Vorgaben und werden von der bodenkundlichen Baubegleitung überwacht. Die bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen werden nach Abschluss der Arbeiten in ihren Ursprungszustand zurückversetzt und die landwirtschaftliche Nutzung wird uneingeschränkt wieder aufgenommen.

Wasser:

- Die Verschiebung der **BE-Fläche** und die Anlage des **Bodenzwischenlagers** führen zu keinen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen, da keine Veränderungen an Oberflächengewässern oder am Grundwasser vorgenommen oder verursacht werden.

Luft, Klima:

- Die Erdarbeiten, die mit dem Herrichten der **BE-Fläche** und der Anlage des **Bodenzwischenlagers** verbunden sind, führen zu kurzfristigen Beeinträchtigungen der Luftqualität (Abgase, ggf. Staubeentwicklung). Durch die Erdmieten sind temporäre Veränderungen des Mikroklimas verbunden (Veränderung bodennaher Luftströmungen). Nach Abschluss der Arbeiten werden die Flächen wieder in ihren Ursprungszustand (landwirtschaftliche Nutzung) zurückversetzt.
- Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen sind nicht zu erwarten.

Landschaft:

- Die Verschiebung der **BE-Fläche** und die Anlage des **Bodenzwischenlagers** führen zu keinen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen. Die Erdmieten und Lagerfläche führen zu einer zeitlich begrenzten Beeinträchtigung des Landschaftsbildes in einem Gebiet mit hoher Vorbelastung (Kernkraftwerk, Autobahn, Eisenbahn, PV-Anlage, Gewerbegebiet etc.). Nach Abschluss der Arbeiten werden die Flächen wieder in ihren Ursprungszustand (landwirtschaftliche Nutzung) zurückversetzt.

Kulturelles Erbe, sonstige Sachgüter:

- Die Verschiebung der **BE-Fläche** und die Anlage des **Bodenzwischenlagers** führen zu keinen erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen, da keine Eingriffe in den Oberboden vorgenommen werden und sich keine archäologische Vermutungsfläche und kein bekanntes Bodendenkmal im Bereich der beiden gegenständlichen Flurstücke 1768 und 1768/1 befinden. Die archäologischen Voruntersuchungen im Bereich des angrenzenden V5a-Konverters mit ca. 22 Suchschnitten (Gesamtfläche der Suchschnitte ca. 1,75 ha) ergab keine archäologischen Funde.

Wechselwirkungen zwischen den vorgenannten Schutzgütern:

- Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sind für das gegenständliche Vorhaben nicht bekannt oder nicht relevant bzw. in den obigen schutzgutbezogenen Beurteilungen der Auswirkungen berücksichtigt.

3.3.3 Auswirkungen auf Betroffenheiten

Die Vorhabenträgerin ist Eigentümerin der betroffenen Flurstücke 1768 und 1768/1. Weitere Betroffenheiten bestehen nicht.

3.3.4 Betroffene Unterlagen

- **Teil C** (C2.3.2 Lageplan, Rev. 03)
- **Teil D** (D2.1 und D2.2 Rechtserwerbsverzeichnis V5 und V5a, Rev. 04)
- **Teil D** (D3.1 und D3.2 Rechtserwerbsplan V5 und V5a, Rev. 03)

Auflistung der Änderungen innerhalb des ausgelegten Plans

Ifd. Nr.	Teil	Anh. / Anl. / Unterl.	Bezeichnung	Änderungsgrund	Art der Änderung	Seite
1	C	C2.3.2	Lageplan	Zusätzliche Baustellen-einrichtungsfläche / Bodenzwischenlager	Blaue Umrandung um zusätzliche Arbeitsflächen für BE-Fläche / Bodenzwischen-lager	-
2	D	D2.1 D2.2	Rechtserwerbs-verzeichnis V5 und V5a	Zusätzliche Baustellen-einrichtungsfläche / Bodenzwischenlager	Blaue Färbung der Änderungen	-
3	D	D3.1 D3.2	Rechtserwerbs-plan V5 und V5a	Zusätzliche Baustellen-einrichtungsfläche / Bodenzwischenlager	Blaue Umrandung um zusätzliche Arbeitsflächen für BE-Fläche / Bodenzwischen-lager	-

4 Fazit

Die Einreichung der Planunterlagen gemäß § 76 Absatz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) umfasst die vollständige und fristgerechte Vorlage aller erforderlichen Dokumente und Pläne bei der zuständigen Genehmigungsbehörde. Vorangehend ist die Planungsfeststellung nach § 24 NABEG, die am 29.04.2024 erfolgreich für den Teilabschnitt D3b genehmigt wurde (Az. 6.07.01.02/5-2-9/25.0), zu berücksichtigen. Die gegenständlichen Unterlagen beschreiben die dargestellte, auf den Planfeststellungsbeschluss aufbauende Planänderung zu dem Projektvorhaben im Planfeststellungsabschnitt D3b.

Stichpunktartig lässt sich die Änderung wie folgt skizzieren:

- Bereitstellung zusätzlicher temporärer Arbeitsflächen (BE-Fläche und Bodenzwischenlager) aus bauablauftechnischen Erfordernissen

Infolge der beschriebenen, temporären Änderungen ergibt sich, wie aus den vorstehenden Ausführungen hervorgeht, keine zusätzlichen erheblichen nachteiligen oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen der Betroffenheit der dargestellten Schutzgüter im Vergleich zu den nach § 24 NABEG planfestgestellten Unterlagen. Belange anderer werden nicht berührt.

5 Anlagen

Anlage 1: Lageplan Revision 03, Blatt 01 und 02, (C2.3.2)

Anlage 2: Rechtserwerbsverzeichnis Vorhaben Nr. 5 Revision 04 (D2.1)

Anlage 3: Rechtserwerbsverzeichnis Vorhaben Nr. 5a Revision 04 (D2.2)

Anlage 4: Rechtserwerbsplan Vorhaben Nr. 5 Revision 03 (D3.1)

Anlage 5: Rechtserwerbsplan Vorhaben Nr. 5a Revision 03 (D3.2)

Anlage 6: Kreuzungsverzeichnis Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a Revision 11 (C2.3.5)